

N i e d e r s c h r i f t

**der 01. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Ortsgemeinde Maxdorf
am Donnerstag, den 12. September 2019, 19:00 Uhr in Maxdorf, Hauptstraße 79,
Rathaus, Sitzungszimmer 2.OG**

Anwesend sind:

Der Ortsbürgermeister Werner Baumann

Die Ortsbeigeordneten Nils Max und Bernd Lupberger (heute als Vertreter stimmberechtigtes Ausschussmitglied)

Die weiteren stimmberechtigten Ausschussmitglieder Dr. Rainer Bahnemann, Christoph Baumann, Bettina Holler und Christopher Huch

Die stellvertretenden Ausschussmitglieder Anna Maria Kassel, Heike Kißler, Sylvia Reis,

Das Ratsmitglied Luisa Michael

Der Schriftführer Marco Müller

Entschuldigt fehlen der Ortsbeigeordnete Georg Kiefer und die Ausschussmitglieder Jutta Hof-Fiedler, sowie Bernd Kraft und sein Vertreter Alfons Wiebelskircher und Michael Schimbeno und sein Vertreter Oliver Nagel-Schwab

Die Mitglieder wurden am 29. August 2019 ordnungsgemäß eingeladen.
Ort und Beginn der Sitzung wurden durch das Amtsblatt der KW 36 öffentlich bekannt gemacht.

Der Vorsitzende, Ortsbürgermeister Werner Baumann, begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Von Verwaltungsseite liegen keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche vor. Nach kurzer Diskussion werden auch durch das Gremium keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gewünscht.

Die Tagesordnung sieht folgendermaßen aus:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1. Protokoll der letzten Sitzung – öffentliche Sitzung -**
- 2. Änderung der Geschäftsordnung**
- 3. Änderung der Hauptsatzung**
- 4. Ratsinformationssystem**

5. **Aufwandsentschädigungen der Fraktionen**
6. **Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**
- Haushaltgenehmigung

Nichtöffentliche Sitzung

7. **Protokoll der letzten Sitzung – nichtöffentliche Sitzung -**
8. **Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

Öffentliche Sitzung

9. **Bekanntgabe der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil**
-

Es wird wie folgt beraten:

Öffentliche Sitzung

01. Protokoll der letzten Sitzung – öffentliche Sitzung

Hinsichtlich der letzten Niederschrift zum öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.05.2019 werden keine Ergänzungs- oder Änderungswünsche vorgetragen.

02. Änderung der Geschäftsordnung

Beratungsgegenstand stellt die DS 2019/MA/064, Anlage 1, dar.

Der Vorsitzende erläutert, dass Maxdorf die letzte Gemeinde innerhalb der VG ist, die über die Geschäftsordnung noch zu beschließen habe. Er verweist auf die DS und die umfangreichen Anlagen.

Das AM Dr. Bahnemann erklärt für die Grünen, dass man sich mit der Genderschreibweise anfreunden kann und dass auch Beschlussvorschlag „b“ die Zustimmung der Grünen finden wird.

Mit den Formulierungen, wie sie vom Gemeinde- und Städtebund vorgegeben sind, können sich die Grünen anfreunden.

Das AM Huch erklärt für die SPD, dass man sich der Stellungnahme der Grünen anschließen möchte. Sowohl zur Genderschreibweise („m/w/d“), als auch zum Ratsinformationssystem stimme man zu. Das AM C. Baumann erklärt, dass die CDU ebenso zustimmen wird. Sogleich ergeht einstimmig die

Beschlussempfehlung:

„a) Genderschreibweise:

Zur Umsetzung der Genderschreibweise ist dem jeweils betroffenen Hauptwort der Klammerzusatz „(m/w/d)“ anzufügen.

b) Digitalisierung der Gremienarbeit / Ratsinformationssystem:

Die ergänzte/geänderte Geschäftsordnung für den Verbandsgemeinderat Maxdorf wird einschließlich der Genderschreibweise unter a) in der als Anlage 5 beigefügten Ausfertigung beschlossen.“

03. Änderung der Hauptsatzung

Beratungsgegenstand stellt die DS 2019/MA/065, Anlage 2, dar.

Der Vorsitzende nimmt Bezug zur DS.

Er erklärt die drei zu entscheidenden Sachverhalte.

Das AM Dr. Bahnemann nimmt für die Grünen Stellung. Er erklärt, dass die Genderregelung, genau wie in der Geschäftsordnung, für die Grünen in Ordnung ist.

Zum Verfügungsrahmen wünsche man sich eine einfache Regelung.

Hinsichtlich der Varianten zum Streaming könne man nur dafür plädieren, dass ein Streaming zugelassen werde. Er schlägt vor, dies punktuell, bei wichtigen Themen umzusetzen.

Das RM Michael fragt, wer entscheidet, wann ein Thema Wichtigkeit entfaltet.

Das AM Dr. Bahnemann erklärt, dass dies der Rat machen müsse.

Das AM C. Baumann erklärt, dass man lange Diskussionen in der Fraktion geführt habe und er hier seine persönliche Meinung bekannt geben möchte, wonach bei keiner Regelung in der Hauptsatzung, der § 35 Abs. 1 Satz 6 GemO greift, der aussagt, dass man mit der Zustimmung aller Mitglieder dann Bild- und Tonübertragungen erlauben könne.

Er erklärt zur dritten Variante, dass man seiner Ansicht nach immer das komplette Equipment vorhalten müsse und ist auch der Meinung, dass man bei den Varianten zwei bis vier generell die technische Ausstattung durch die Verwaltung beschaffen müsse.

Der Ortsbeigeordnete Lupberger erklärt, dass man nicht die Bodenhaftung verlieren solle. So lange die Verwaltung die Homepage nicht zum Laufen brächte, brauche man auch keinen Livestream zu beschließen. Ferner würde es Unmengen Geld kosten.

Der Vorsitzende stimmt hinsichtlich der seiner Ansicht nach zu hohen finanziellen Aufwendungen zu.

Der Ortsbeigeordnete Max erklärt, dass man damit ein Zeichen setzen könne, ob sich eine Gemeinde neuen Medien erschließt oder nicht.

Zwar kann das AM Huch diesem Vergleich zustimmen, ist allerdings doch persönlich der Meinung, in Richtung des „nicht-regelns“ zu entscheiden. Man habe bereits genug andere Hausaufgaben in dieser Legislaturperiode zu erledigen.

Zur Drucksache erklärt er ferner, dass er den finanziellen Entscheidungsrahmen in Hinsicht der Verfügungen genau so belassen würde.

Am Beispiel der Hauptstraße versucht das AM Dr. Bahnemann die Notwendigkeit von Aufzeichnungen aufzuzeigen. Genau an diesem Beispiel erklärt der Vorsitzende, sehe er die Beteiligung der Bürger auf andere Weise möglich.

Der Ortsbeigeordnete Lupberger erklärt, dass die Sitzungen durch die neuen Transparenzgesetze so nachvollziehbar und öffentlich sind, wie noch nie zuvor.

Das AM C. Baumann geht ebenfalls auf den Teil der DS ein, welcher noch nicht besprochen wurde. Er möchte den Verfügungsrahmen ebenfalls so belassen, wie er bisher feststand. Da der Vorsitzende erklärt, dass ihm der Verfügungsrahmen ausreiche und in der letzten Legislaturperiode auch keine Probleme mit diesem aufgetreten sind, erklärt auch das AM Dr. Bahnemann, dass er den Verfügungsrahmen so belassen möchte.

Der Vorsitzende fragt, ob zur Datenschutzbelehrung fragen wären. Dies ist nicht der Fall. Sogleich kommt man zur Abstimmung. Einstimmig ergeht die

Beschlussempfehlung:

„a) Genderschreibweise:

Zur Umsetzung der Genderschreibweise ist dem jeweils betroffenen Hauptwort der Klammerzusatz „(m/w/d)“ anzufügen.

b) Digitalisierung der Gremienarbeit / Ratsinformationssystem:

Ist abschließend vom OG-Rat zu formulieren, und wird bis dahin in zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

c) Finanzielle Entscheidungsrahmen:

Es werden keine Änderungen zur bisherigen Regelung angeregt.“

04. Ratsinformationssystem

Beratungsgegenstand stellt die DS 2019/MA/066, Anlage 3, dar.

Der Vorsitzende geht auf die DS ein und erklärt, dass er die einmaligen 400,- € zur Anschaffung eines Tablet-PCs analog des Kreistages für angemessen hält.

Die Benutzung des Tablet-PCs hält er für opportun. Einzig der Haushalt sollte seinem Ansinnen nach in Schriftform vorliegen.

Das AM Huch erklärt für die SPD, dass er sich mit den 400,- € einverstanden zeigt. Eine Rückzahlungsverpflichtung würde er aus der Richtlinie herausnehmen wollen, was die Anwesenden auch so sehen.

Mit der Übersendung der Drucksachen bis 18 Uhr vor der Sitzung zeigt man sich einverstanden. Es wird allerdings darauf hingewiesen, dass man die Drucksache in dem Falle nicht gelesen und verstanden haben müsse.

Zum eventuellen Personenkreis, welcher Tablets erhalten soll, wird gefragt, warum der Klima-, Umwelt-, und Verkehrsausschuss ebenfalls aufgeführt ist.

Eine ausführliche Diskussion, welche Ausschüsse die Tablet-PCs benötigen und welche Mitglieder und Stellvertreter diese zur Verfügung gestellt bekommen sollen, folgt.

Das AM Dr. Bahnemann macht den Vorschlag, dass die Ausweitung auf Ausschüsse in einem ersten Schritt nur auf Haupt- und Finanzausschuss, Planungs- und Bauausschuss, und Rechnungsprüfungsausschuss erweitert wird.

Hierbei ist anzumerken, dass im Haupt- und Finanzausschuss, sowie im Rechnungsprüfungsausschuss nur Ratsmitglieder sitzen dürfen, die per se bereits über einen Tablet-PC verfügen.

Der Vorsitzende erklärt, dass seiner Ansicht nach der Planungs- und Bauausschuss mit entsprechenden PCs ausgestattet werden muss, da in diesem Ausschuss die meisten DS verteilt werden und der Ausschuss auch teilweise abschließende Entscheidungen trifft.

Es wird darüber diskutiert, ob die Formulierung, dass nur Ausschüsse die direkt Entscheidungsbefugt sind aufgenommen werden sollen.

Ein Beschlusswortlaut wird formuliert. Das AM Huch weist darauf hin, dass zeitnah nach der Zurverfügungstellung der Tablet-PCs zentral eine Schulung angeboten werden sollte. Seiner Ansicht nach ist die App nicht so intuitiv, dass jeder diese ohne Probleme umgehend nutzen könne.

Das RM Michael ergänzt, dass im Abs. 1 Nr. 5 das Wort „werden“ durch „können“ zu ersetzen sei.

Das AM C. Baumann plädiert für einen Verweis in die Fraktionen.

Der Vorsitzende erklärt, dass er dafür wäre, dass empfohlen wird, da man ja jederzeit eine Änderung herbeiführen könne, wenn man mit der Zeit eines besseren belehrt würde. In der folgenden Abstimmung ergeht sogleich einstimmig die

Beschlussempfehlung:

„Dem Entwurf der Richtlinie wird zugestimmt. Eine Rückzahlungsverpflichtung entfällt. Zum Personenkreis unter III Nr. 2 wird beschlossen: „der Personenkreis wird jedoch auf die jeweiligen Ortsbeigeordneten („m/w/d“) ausgeweitet, sowie in einem ersten Schritt auf die Mitglieder („m/w/d“) und Ersatzmitglieder („m/w/d“) der Ausschüsse die Entscheidungsbefugnisse haben: Haupt- und Finanzausschuss, Planungs- und Bauausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss“.

Die Vereinbarung für Nicht-Ratsmitglieder wird zur Kenntnis genommen.“

05. Aufwandsentschädigungen der Fraktionen

Beratungsgegenstand stellt die DS 2019/MA/070, Anlage 4, dar.

Der Vorsitzende verweist auf die DS, die noch aus einem Prüfbericht des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes aus 2016 resultiert.

Er bittet nach Erörterung und Erklärung der jeweiligen Beträge und wie diese sich zusammensetzen um die Diskussionsbeiträge.

Das AM Dr. Bahnemann schlägt vor, durch die Reduzierung des Grundbetrages ein politisches Signal zu setzen. Dies würde keiner Partei Schmerzen bereiten.

Das AM C. Baumann erklärt, dass er den Pauschbetrag gerne beibehalten möchte, da hiermit die eigentliche Fraktionsarbeit finanziert wird.

Das AM Huch ergänzt, dass nur durch dieses Geld die Fraktion geführt werden kann und auch Weiterbildungen und ähnliches finanziert werden.

Der Grundbetrag, welcher vor allen Dingen für kleine Parteien einen Vorteil darstellt, scheint das Kriterium zu sein welches vom Prüfungsamt kritisiert wurde.

Hierzu macht das AM Dr. Bahnemann den Vorschlag, diesen auf 190,- € zu reduzieren.

Der Vorsitzende macht einen weiterführenden Vorschlag, sich an die Summe von Harthausen, Grundbetrag 150,- € Betrag je Ratsmitglied 50,- € anzuschließen.

Das AM Huch hält dies nicht für opportun, da man ja auch noch gestalten müsse und hierfür zwangsläufig Geld benötige.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass man den Sachverhalt bereits seit langem geschohen habe und auf die Kritik des Prüfungsamtes. Das AM C. Baumann erklärt in die gleiche Richtung wie das AM Huch, dass es weitaus brisante Themen, als die Reduzierung dieser, doch wenigen Euro, gäbe.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung darüber auf, ob man die Beträge die in der Ortsgemeinde Maxdorf für die Fraktionen gezahlt werden so belassen solle.

Bei drei Stimmen dafür, zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung ergeht die

Beschlussempfehlung:

„An der bisherigen Regelung zur Aufwandsentschädigung der Fraktionen wird festgehalten.“

06. Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

06.01. - K2 Bypass

Der Vorsitzende berichtet von einem Termin mit dem DLR und dem LBM, bei dem über den Bypass zur K2 gesprochen wurde.

Trotz Vorbesprechung und Unterlagenüberlassung im Mai 2019 verfüge der DLR zwischenzeitlich nach eigener Aussage über keine Unterlagen mehr.

Obwohl der LBM in diesem Falle gerne Baurecht geschaffen hätte, wurde von Seiten des DLR signalisiert, dass man erst im nächsten Jahr ggf. mit der Bearbeitung rechnen könne.

Man wird nun seitens der Ortsgemeinde versuchen, mit dem LBM eine Lösung ohne die Miteinbeziehung des DLR zu realisieren.

06.02. - Containerlösung Haidwaldschule

Der Vorsitzende berichtet, dass er gestern einen Termin mit dem Landrat hatte. Die Unterlagen zur Erteilung der Baugenehmigung für die Container an der Haidwaldschule seien in der Kreisverwaltung verschwunden. Ebenso haben weder die ADD, noch die SGD bisher eine Antwort, geschweige denn die Baugenehmigung gesendet.

06.03. - Zustand Kreisel K2

Der Vorsitzende berichtet, dass die aktuelle Baumaßnahme im Kreisel lediglich dazu diene, Windräder nach Lamsheim zu verbringen.

06.04. - Haushaltsgenehmigung

Der Vorsitzende erklärt, dass das Haushaltsgenehmigungsschreiben der Ortsgemeinde nun vorliege und dass er dies in Kopie an die Fraktionsvorsitzenden weitergeleitet habe.

06.05. - Investitionsprogramm

Das AM Huch weist darauf hin, dass aufgrund der Haushaltsgenehmigung das letzte beschlossene Investitionsprogramm zur Kenntnis an die neuen Ratsmitglieder versendet werden sollte.

06.06. - GemO

Es wird nachgefragt, warum die neue Gemeindeordnung noch nicht verteilt wurde. Wie der Vorsitzende mitteilt, seien in der gedruckten Ausgabe noch Druckfehler vorhanden.

Nachdem die Verwaltung keine weiteren Mitteilungen zu machen hat und auch aus dem Gremium keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, leitet der Vorsitzende um 20:46 Uhr in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung über. Er verabschiedet den einen Zuschauer, mit dem Hinweis auf die Bekanntgabe der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil, im Anschluss an den nichtöffentlichen Teil.

Nichtöffentliche Sitzung

07. Protokoll der letzten Sitzung – nichtöffentliche Sitzung

Hinsichtlich der letzten Niederschrift zum nichtöffentlichen Teil der 31. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.05.2019 werden keine Ergänzungs- oder Änderungswünsche vorgetragen.

08. Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

08.01. - Neue Ratsfraktion

Auf Nachfrage stellt die Grüne Fraktion dar, dass sie beabsichtigt, sich in allen Fachbereichen der Verwaltung vorzustellen und dies auch bereits in Angriff genommen habe.

Nachdem keine weiteren Mitteilungen zu tätigen sind und keine Anfragen gestellt werden, bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt um 20:55 Uhr den nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung.

Öffentliche Sitzung:

09. Bekanntgabe der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil

Bekanntgabe zu TOP 07:

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Protokoll der 31. nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses genehmigt wurde.

Bekanntgabe zu TOP 08:

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Ratsfraktion der Grünen ihre Pläne hinsichtlich Ihrer Vorstellung in der Verwaltung erörterte.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt der Vorsitzende um 20:57 Uhr die heutige Ausschusssitzung und wünscht einen guten Heimweg.

Maxdorf, den 23.09.2019

gelesen

(Baumann)
Ortsbürgermeister

(Poje)
Bürgermeister

(Müller)
Schriftführer